

# Satzung



der

**International Police Association (IPA)**

**Deutsche Sektion e.V.**

**Landesgruppe Hessen e.V.**

**Verbindungsstelle  
Kassel e.V.**

vom 20.04.2001

**Satzung**  
*der*  
**International Police Association (IPA),**  
**Deutsche Sektion e. V., Landesgruppe Hessen e. V.,**  
**Verbindungsstelle Kassel e. V.**  
  
**(IPA Verbindungsstelle Kassel e. V.)**

**Abschnitt I - Allgemeine Grundlagen**

1. Name, Bereich, Sitz und Rechtsform
2. Status, Bindung, Zweck, Neutralitätsgebot
3. Verwendung der Vereinsmittel

**Abschnitt II .Verbindungsstelle**

4. O r g a n e
5. Mitgliederversammlung
6. Verbindungsstellenvorstand
7. Geschäftsführender Verbindungsstellenvorstand
8. Haftungsbegrenzung

**Abschnitt III -Mitgliedschaft**

9. Mitgliedschaft
10. Unvereinbare Mitgliedschaften
11. Ende der Mitgliedschaft
12. Ausschluss

**Abschnitt IV -Beitrag, Haushaltsangelegenheiten**

13. Mitgliedsbeitrag
14. F i n a n z e n

**Abschnitt V .Sonstige Regelungen, Schlussbestimmungen**

15. Versammlungsordnung
16. W e r b u n g
17. A u f l ö s u n g
18. Inkrafttreten

## ***Abschnitt 1 — Allgemeine Grundlagen***

### **Artikel 1 - Name, Bereich, Sitz und Rechtsform**

1. Der Verein nennt sich:

"International Police Association (IPA),  
Deutsche Sektion e.V., Landesgruppe Hessen e.V.,  
Verbindungsstelle Kassel e.V."

**- IPA-Verbindungsstelle Kassel e.V. -**

2. Der Zuständigkeitsbereich des Vereins liegt innerhalb der politischen Grenzen der Stadt Kassel, des Landkreises Kassel und des Schwalm-Eder-Kreises.

Darüber hinaus steht Polizeibediensteten aus anderen Bereichen die Mitgliedschaft offen, soweit sie diese bei der Verbindungsstelle Kassel wünschen.

Der Sitz des Vereins ist Kassel.

3. Der Verein ist in das Vereinsregister eingetragen.

### **Artikel 2 - Status, Bindung, Zweck, Neutralitätsgebot**

1. Die Verbindungsstelle Kassel e.V. ist ein Zweigverein der IPA-Deutsche Sektion e.V. und der Landesgruppe Hessen e.V. Die Satzungen der IPA-Deutsche Sektion e.V. und der Landesgruppe Hessen e.V. sind Bestandteil dieser Satzung. Verstöße gegen die vorgenannten Bestimmungen sind wie Verstöße gegen diese Satzung zu behandeln.
2. Gemäß Artikel 5 Nr. 2 der Satzung der IPA-Deutsche Sektion e.V. und gleichlautender Bestimmungen der Satzung kann die Verbindungsstelle ihre Rechtsform (eingetragener oder nicht eingetragener Verein) in eigener Zuständigkeit bestimmen.
3. Vor der Anmeldung zur Eintragung in das Vereinsregister ist die Bestätigung dieser Satzung durch den Geschäftsführenden Bundesvorstand und den Geschäftsführenden Landesgruppenvorstand zwingend erforderlich. Das gleiche gilt für Satzungsänderungen. Wird die Satzung ohne die vorgenannten schriftlichen Bestätigungen einem Gericht zur

## **Satzung der IPA Verbindungsstelle Kassel e.V. vom 20.04.2001**

---

Eintragung in das Vereinsregister vorgelegt, verliert die Verbindungsstelle ihren Status als Zweigverein der PA-Deutsche Sektion e.V. und der Landesgruppe Hessen e.V.

4. Die Verbindungsstelle ist an Beschlüsse des Nationalen Kongresses, des Bundesvorstandes sowie des Landesdelegiertentages und des Landesgruppenvorstandes gebunden, sofern sich aus ihnen für die Verbindungsstelle keine haushaltsrechtlichen Auswirkungen ergeben.
5. Zweck und Ziel des Vereins ergeben sich aus Artikel 3 der Satzung der IPA-Deutsche Sektion e.V. und den gleichlautenden Bestimmungen der Landesgruppe Hessen e.V.

Danach ist die Verbindungsstelle der unabhängige Zusammenschluß von Angehörigen des Polizeidienstes, ohne Unterschied von Rang, Geschlecht, Rasse, Hautfarbe, Sprache oder Religion, ob aktiv oder im Ruhestand befindlich, in der Absicht, zwischen ihnen Bande der Freundschaft und der internationalen Zusammenarbeit zu schaffen.

Sie verpflichtet sich zur Einhaltung der Grundsätze der weltumfassenden Erklärung, der Menschenrechte, wie sie 1948 von den Vereinten Nationen verkündet wurden und will kulturelle Beziehungen, das Allgemeinwissen und den beruflichen Erfahrungsaustausch ihrer Mitglieder sowie gegenseitige Hilfeleistungen im sozialen Bereich fördern und im Rahmen ihrer Möglichkeiten zum friedlichen Miteinander der Völker und zur Erhaltung des Weltfriedens beitragen.

6. Zur Verwirklichung dieser Ziele will sie
  - a) die persönliche Begegnung durch den Austausch von Personen und Personengruppen, durch Gruppenreisen und durch die Anbahnung von Briefkontakten fördern;
  - b) im Polizeidienst aller Sektionen die Achtung vor dem Gesetz und die Aufrechterhaltung der Ordnung stärken;
  - c) soziale und kulturelle Aktivitäten entwickeln und den beruflichen Erfahrungsaustausch fördern;
  - d) zur Stärkung des Ansehens der Polizei in ihren Mitgliedssektionen beitragen und das Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung verbessern helfen;
  - e) durch Jugendaustausch und internationale Jugendtreffen die Toleranz und das Verständnis der Menschen untereinander sowie für die Aufgaben der Polizei stärken;

## **Satzung der IPA Verbindungsstelle Kassel e.V. vom 20.04.2001**

- f) den regelmäßigen Austausch von Publikationen der nationalen Sektionen fördern und durch einen Informationsdienst für die nationalen IPA-Publikationen die Mitglieder über alle den Verein interessierenden Themen unterrichten;
  - g) Austausch und Veröffentlichung von beruflichen Informationen und Tätigkeitsberichten, insbesondere durch die Herausgabe einer nationalen Zeitschrift des Bundesvorstandes;
  - h) durch freundschaftliche Kontakte zwischen den Polizeibediensteten aller Kontinente die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg erleichtern helfen und zum gegenseitigen Verständnis für berufliche Probleme beitragen.
7. Die IPA-Deutsche Sektion e.V. ist parteipolitisch, gewerkschaftlich sowie religiös neutral und verfolgt ausschließlich ideelle Zwecke. Sie darf nur dann und nur so lange mit anderen juristischen Personen des öffentlichen oder privaten Rechts zusammenarbeiten, wie ihre Unabhängigkeit, Neutralität und ideelle Zielsetzung gewahrt bleiben. In Zweifelsfällen entscheidet der Bundesvorstand.
8. Die Gliederungen der IPA-Deutsche Sektion e.V. haben an der Verwirklichung der Vereinsziele auf der Grundlage dieser Satzung aktiv mitzuarbeiten. Bei Zweifeln über die Satzungskonformität einzelner Initiativen entscheidet der Landesgruppenvorstand. Bei Widerspruch einer Gliederung entscheidet der Bundesvorstand.

### **Artikel 3 - Verwendung der Vereinsmittel**

- 1 Die PA-Deutsche Sektion und ihre Zweigvereine sind selbstlos tätig; sie verfolgen keine eigenwirtschaftlichen Zwecke. Ein auf Gewinn ausgerichteter wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb, und zwar sowohl unmittelbar als auch mittelbar durch Beteiligung an juristischen Personen oder nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen, die einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb unterhalten, ist ein Verstoß gegen die Satzung.
2. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
3. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Die Mitglieder der Vorstände des Gesamtvereins und seiner Gliederungen sind ehrenamtlich tätig. Es können Dienstleistungskräfte eingestellt und die hierfür erforderlichen Verträge abgeschlossen werden.

## ***Abschnitt II – Verbindungsstelle***

### **Artikel 4 – Organe**

Organe der Verbindungsstelle sind:

1. die Mitgliederversammlung
2. der Verbindungsstellenvorstand und
3. der Geschäftsführende Verbindungsstellenvorstand.

### **Artikel 5 - Mitgliederversammlung**

1. Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ und für alle Angelegenheiten innerhalb der Verbindungsstelle zuständig, soweit diese nicht ausdrücklich anderen Organen übertragen worden sind.

Sie ist in einjährigem Rhythmus einzuberufen und insbesondere zuständig für:

- a) die Wahl des Verbindungsstellenvorstandes gemäß Artikel 6 Nr. 2 dieser Satzung nach Ablauf der Amtsperiode, der Beisitzer, der Rechnungsprüfer und der Delegierten für den Landesdelegiertentag. Bei der Wahl der Rechnungsprüfer ist eine einmalige Wiederwahl möglich. Für die Rechnungsprüfer und die Delegierten für den Landesdelegiertentag ist Ersatz zu wählen.
  - b) Die Entlastung des Geschäftsführenden Verbindungsstellenvorstandes nach Vortrag des zu Protokoll zu gebenden Tätigkeitsberichtes und des schriftlichen Kassen- sowie des schriftlichen Rechnungsprüfungsberichtes für die abgelaufene Amtszeit.
  - c) Die Verabschiedung und Änderung einer Satzung, sofern die Verbindungsstelle sich als Verein in das Vereinsregister eintragen lassen will (e.V.) oder eingetragen ist.
  - d) Die Auflösung der IPA-Verbindungsstelle.
2. Der Mitgliederversammlung gehören alle von der Verbindungsstelle betreuten Mitglieder an. Sie sind antragsberechtigt.
  3. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn
    - a) dies der Verbindungsstellenvorstand beschließt oder
    - b) mindestens 15 Prozent der Mitglieder der Verbindungsstelle durch

## **Satzung der IPA Verbindungsstelle Kassel e.V. vom 20.04.2001**

unterschriebenen Antrag dies unter Angabe von Zweck und Gründen verlangen. Das Einberufungsbegehren ist an den Geschäftsführenden Verbindungsstellenvorstand zu richten.

4. Zur Mitgliederversammlung ist spätestens 4 Wochen vorher schriftlich durch den Geschäftsführenden Verbindungsstellenvorstand einzuladen. Mit der Einladung ist die Tagesordnung festzulegen sowie die Form und Frist für Anträge zu bestimmen.
5. Anträge sind dem Geschäftsführenden Verbindungsstellenvorstand spätestens eine Woche vor dem für die Mitgliederversammlung bestimmten Tag mitzuteilen.
6. Eine Satzungsänderung bedarf der Mehrheit von drei Viertel der anwesenden Stimmberechtigten.
7. Die Auflösung der Verbindungsstelle gemäß Nr. 1.d kann nur beschlossen werden, wenn mindestens die Hälfte aller Stimmberechtigten anwesend ist und hiervon drei Viertel für die Auflösung stimmen.

### **Artikel 6 - Verbindungsstellenvorstand**

1. Der Verbindungsstellenvorstand setzt sich zusammen aus:
  - a) dem Geschäftsführenden Verbindungsstellenvorstand und
  - b) den nach Bedarf hinzugewählten Beisitzern.
2. Der Verbindungsstellenvorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von drei Jahren gewählt und bleibt bis zur Wahl eines neuen Vorstandes im Amt.
3. Der Verbindungsstellenvorstand ist das Beschlussorgan für den Haushaltsplan der Verbindungsstelle. Der Leiter der Verbindungsstelle beruft den Verbindungsstellenvorstand ein, wenn es die Lage der Geschäfte erfordert oder mindestens die Hälfte des Verbindungsstellenvorstandes dies wünscht.
4. Zu seiner Unterstützung kann der Verbindungsstellenvorstand Referenten für besondere Aufgaben berufen. Sie sind dem Geschäftsführenden Verbindungsstellenvorstand verantwortlich und an dessen Weisungen gebunden. Zu Vorstandssitzungen sind sie beratend hinzuzuziehen, wenn ihr Aufgabengebiet dies erfordert.
5. Die Verbindungsstelle wird gerichtlich und außergerichtlich durch den Leiter und ein weiteres Mitglied des Geschäftsführenden Verbindungsstellenvorstandes vertreten. Sofern der Leiter an der Wahrnehmung seiner Aufgaben verhindert ist, wird er von einem

Sekretär vertreten. Die Vertretung muß nicht nachgewiesen werden.

- 6 Gibt sich der Verbindungsstellenvorstand unter Beachtung der Rahmenwirkung der Geschäftsordnungen des Bundesvorstandes und der betreffenden Landesgruppe eine eigene Geschäftsordnung, bleiben die in den Geschäftsordnungen des Bundes- bzw. Landesgruppenvorstandes enthaltenen Pflichten für die Verbindungsstellen hiervon unberührt.

### **Artikel 7 - Geschäftsführender Verbindungsstellenvorstand**

1. Der Geschäftsführende Verbindungsstellenvorstand besteht aus dem Leiter der Verbindungsstelle, zwei Sekretären der Verbindungsstelle und dem Schatzmeister der Verbindungsstelle.
2. Der Geschäftsführende Verbindungsstellenvorstand ist Vorstand im Sinne des § 26 BGB.

Wird bei Ausscheiden eines Mitgliedes des Verbindungsstellenvorstandes bei einer Mitgliederversammlung keine Nachwahl durchgeführt, kann die frei werdende Stelle vom Verbindungsstellenvorstand kommissarisch besetzt werden. Die Amtszeit des kommissarischen Vorstandsmitgliedes endet spätestens mit der des Vorstands.

3. Der Geschäftsführende Verbindungsstellenvorstand ist zur satzungsgemäßen Durchführung der Aufgaben und zur Erledigung der laufenden Geschäfte verpflichtet. Er ist der Mitgliederversammlung für die Durchführung der von ihr gefaßten Beschlüsse verantwortlich.

### Artikel 8 - Haftungsbegrenzung

1. Im Rahmen der gerichtlichen und außergerichtlichen Vertretung nach Art 6 Nr.5 wird diese ausschließlich auf das Vermögen der IPA-Verbindungsstelle Kassel e.V. begrenzt. Damit haftet die IPA-Verbindungsstelle Kassel e.V. aus allen Rechtsgeschäften, die durch ihre Vertreter abgeschlossen werden, nur mit dem Vereinsvermögen.
2. Die IPA-Verbindungsstelle Kassel e.V. haftet nicht bei grob fahrlässigem oder vorsätzlichem Handeln der Vereinsvertreter.

Die für die IPA-Verbindungsstelle Kassel e.V. handelnden Vorstandsmitglieder haften dem Verein gegenüber im Falle vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Verhaltens.

### *Abschnitt III - Mitgliedschaft*

#### Artikel 9 - Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft regelt sich nach der Satzung der IPA - Deutsche Sektion e.V.

Danach gibt es folgende Arten:

- a) die ordentliche Mitgliedschaft,
  - b) die Ehrenmitgliedschaft,
  - c) die außerordentliche Mitgliedschaft,
  - d) die assoziierte Mitgliedschaft.
- a) **Ordentliche Mitglieder** können nur Polizeibedienstete werden, die im aktiven Dienst ausschließlich solcher Behörden und Einrichtungen stehen, die polizeiliche Aufgaben erfüllen. Der Bundesvorstand legt diese Behörden und Einrichtungen in einer abschließenden Aufzählung für alle Bundesländer und den Bund fest. Polizeibedienstete im Ruhestand können die ordentliche Mitgliedschaft unter der Voraussetzung und nur solange erwerben und beibehalten, wie eine etwaige berufliche Tätigkeit dem Artikel 2 dieser Satzung nicht im Wege steht.

Über die Aufnahme ordentlicher Mitglieder entscheidet der Geschäftsführende Verbindungsstellenvorstand; er handelt hierbei auch im Auftrag der zuständigen Landesgruppe und der IPA Deutsche Sektion e.V. und vertritt deren vertretungsberechtigte Vorstände. Die Aufnahme kann ohne Begründung abgelehnt werden. Gegen die Ablehnung ist Beschwerde beim Geschäftsführenden Landesgruppenvorstand zulässig. Wird der Beschwerde nicht abgeholfen, entscheidet der Geschäftsführende Bundesvorstand endgültig.

- b) Die **Ehrenmitgliedschaft** kann auf Antrag des Geschäftsführenden Bundesvorstandes oder einer Landesgruppe durch den Bundesvorstand an Personen verliehen werden, die sich um den Verein besondere Verdienste erworben haben und die Voraussetzungen des Art. 25, Nr. 2, Abs. 1 und 2 der Satzung der IPA-Deutsche Sektion erfüllen.
- c) **Außerordentliche Mitglieder** können nur Witwen, Witwer oder hinterbliebene Lebensgefährten ordentlicher Mitglieder und Ehrenmitglieder werden, die einen engen Bezug zum Vereinsleben der IPA über längere Zeiträume in besonderer Qualität gepflegt haben. Ihr Verhalten und ihre berufliche Tätigkeit dürfen dem Artikel 2 dieser Satzung nicht widersprechen.

Über ihren Antrag um Aufnahme entscheidet der Geschäftsführende Landesgruppenvorstand im Einvernehmen mit dem Geschäftsführenden Verbindungsstellenvorstand; sie handeln auch im Auftrag der IPA - Deutsche Sektion e.V. Die Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen abgelehnt werden. Gegen die Ablehnung ist Beschwerde beim Geschäftsführenden Bundesvorstand zulässig, der endgültig entscheidet.

Außerordentliche Mitglieder besitzen nicht das passive Wahlrecht.

- d) Die **assoziierte Mitgliedschaft** kann von ausländischen Polizeibediensteten nur erworben werden, wenn in ihrem Heimatland keine nationale Sektion besteht. Über die Aufnahme entscheidet der Geschäftsführende Bundesvorstand im Einvernehmen mit dem Geschäftsführenden Landesgruppenvorstand.
2. Jede Mitgliedschaft besteht in Form einer gestuften Mehrfachmitgliedschaft; alle Mitglieder gehören gleichzeitig der von ihnen gewählten Verbindungsstelle, der zuständigen Landesgruppe und der IPA - Deutsche Sektion e.V. an.

3. Jedes Mitglied ist gehalten, den Verein in seinen Zielen zu unterstützen.

### **Artikel 10 - Unvereinbare Mitgliedschaften**

1. Die Mitgliedschaft in der IPA-Deutsche Sektion e.V. und die gleichzeitige Mitgliedschaft in einer radikalen Vereinigung oder Partei ist unvereinbar. Die Feststellung über die Unvereinbarkeit bzw. die Aufhebung dieser Feststellung beschließt der Bundesvorstand mit Zweidrittelmehrheit.
2. Einem Mitglied, das einer Vereinigung oder Partei im Sinne der Nr. 1 angehört, setzt der Geschäftsführende Bundesvorstand durch eingeschriebenen Brief unter Hinweis auf die Unvereinbarkeit eine Frist von 14 Tagen zur Erklärung über seinen Austritt aus der betreffenden Vereinigung oder Partei. Liegt diese Erklärung bei Ablauf der Frist nicht vor, erlischt die Mitgliedschaft.

### **Artikel 11 - Ende der Mitgliedschaft**

1. Die Mitgliedschaft erlischt:
  - a) durch Tod,
  - b) durch Austritt, der jederzeit schriftlich, jedoch spätestens bis sechs Wochen vor Jahresende erklärt werden kann (eine Beitragsrückerstattung erfolgt nicht),
  - c) durch Ausscheiden aus der Polizei
  - d) durch Ausschluss,
  - e) wenn der fällige Mitgliedsbeitrag nicht bis zum 30.6. des Fälligkeitsjahres entrichtet wurde,
  - f) wenn die Erklärung nach Artikel 10 Nr. 2 nicht innerhalb der Frist von 14 Tagen vorliegt,.
2. Für die Ehrenmitgliedschaft gilt Nr. 1 mit Ausnahme der Buchstaben c) und e).
3. Assoziierte Mitglieder sind aus der Mitgliedschaft der Deutschen Sektion und ihren Gliederungen entlassen, sobald in deren Heimatland eine eigene nationale Sektion der IPA gegründet worden ist.

4. Für die außerordentliche Mitgliedschaft gilt Nr. 1 mit Ausnahme von Buchstabe c).

### **Artikel 12 — Ausschluß**

1. Der Ausschluß eines Mitgliedes aus der Deutschen Sektion und allen Gliederungen muss erfolgen, wenn:
  - a) Umstände bekannt werden, die zur Ablehnung des Aufnahmeantrages geführt hätten, oder
  - b) es schuldhaft dem Ansehen des Vereins schadet oder den Internationalen Statuten oder der Nationalen Satzung sowie vorsätzlich der Geschäftsordnung des Bundesvorstandes entgegenhandelt, oder
  - c) der Ausschluß im Interesse des Vereins notwendig erscheint, oder
  - d) es eine Tätigkeit aufnimmt, welche dem Sinngehalt des Artikel 2 dieser Satzung widerspricht.
2. Werden einen Ausschluß rechtfertigende Tatsachen bekannt, leitet der Geschäftsführende Bundesvorstand, bei Mitgliedern des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der Bundesvorstand, ein Ausschlußverfahren ein. Er bestimmt zur Durchführung der erforderlichen Ermittlungen sowie zur Anhörung des Betroffenen einen Untersuchungsführer, der weder der Landesgruppe dieses Mitgliedes noch dem Bundesvorstand angehören darf. Der Bundesvorstand legt den Ablauf des Verfahrens in der Geschäftsordnung des Bundesvorstandes der IPA - Deutsche Sektion e.V. fest.

Wird gegen Funktionsträger ein Ausschlußverfahren eingeleitet, sind diese mit dem Tag der Zustellung der Einleitungsverfügung von der Wahrnehmung ihres Amtes entbunden. Dies gilt auch für die Tätigkeit als Delegierter. Bis zur Beendigung des Verfahrens gilt die Vertretungsregelung. Für die betroffenen Mitglieder eines Geschäftsführenden Vorstandes kann der jeweilige Vorstand ein Ersatzmitglied bestimmen.

3. Auf der Grundlage des schriftlichen Untersuchungsberichts des Untersuchungsführers entscheidet der Geschäftsführende Bundesvorstand über den Ausschluß des Mitgliedes. Bei Mitgliedern des Geschäftsführenden Bundesvorstandes trifft diese Entscheidung der Nationale Kongreß; die Entscheidung des Nationalen Kongresses ist endgültig.
4. Die Entscheidung des Geschäftsführenden Bundes-

vorstandes ist sowohl dem Betroffenen als auch dem Antragsteller schriftlich mitzuteilen. Mit einer Frist von zwei Monaten nach Eingang der Mitteilung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes kann der Betroffene Einspruch gegen den Ausschluß oder der Antragsteller Einspruch gegen die Ablehnung des Antrages beim Bundesvorstand einlegen. Die Fristsetzung beinhaltet eine mögliche Einspruchsbegründung. Hilft der Bundesvorstand dem Einspruch nicht ab, entscheidet endgültig der Beschwerdeausschuß.

Ein Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung. Der Betroffene kann jedoch beim Beschwerdeausschuß den Antrag stellen, daß dem Einspruch aufschiebende Wirkung verliehen wird; über den Antrag entscheidet der Beschwerdeausschuß nach pflichtgemäßem Ermessen.

5. Der Beschwerdeausschuss besteht aus fünf Mitgliedern. Jede Landesgruppe wählt beim Landesdelegiertentag oder in der Mitgliederversammlung einen Vertreter für den Ausschuß. Für jeden Einzelfall werden fünf Mitglieder durch den Geschäftsführenden Bundesvorstand ausgelost. Mitglieder dürfen nicht sein:
  - a) Angehörige der Landesgruppe des Betroffenen,
  - b) Angehörige der Landesgruppe des Antragstellers.Die Mitglieder des Beschwerdeausschusses wählen einen Vorsitzenden aus ihrer Mitte.
6. Eine Wiederaufnahme des ausgeschlossenen Mitgliedes ist nicht möglich.

#### ***Abschnitt IV - Beitrag, Haushaltsangelegenheiten***

##### **Artikel 13 — Mitgliedsbeitrag**

1. Der Mitgliedsbeitrag ist ein Jahresbeitrag und für das Geschäftsjahr oder mit dem Eintritt bei der Verbindungsstelle im voraus zu entrichten. Der Nationale Kongreß beschließt die Höhe des Mitgliedsbeitrages und bestimmt den Anteil der Landesgruppen. Eine Aufnahmegebühr wird nicht erhoben. Der Landesdelegiertentag entscheidet über den Beitragsanteil zwischen der Landesgruppe und den Verbindungsstellen.
2. Die Ehrenmitgliedschaft befreit von der Beitragspflicht.

3. Für das Abrechnungsverfahren der Mitgliedsbeiträge erlässt der Bundesvorstand die erforderlichen Vorschriften.

### **Artikel 14 - Finanzen**

1. Die Geschäftsführenden Vorstände der IPA-Deutsche Sektion e.V. und der Landesgruppen stellen jeweils für ein Geschäftsjahr (01.01 - bis 31.12.) einen Haushaltsplan auf, welcher der Zustimmung des jeweiligen Vorstands bedarf. Sofern ein Geschäftsführender Verbindungsstellenvorstand einen Haushaltsplan aufstellt, ist dieser gleichfalls auf das Geschäftsjahr zu beschränken, er bedarf der Zustimmung des Verbindungsstellenvorstands.
2. Nach Ablauf eines Rechnungsjahres ist Rechnung zu legen, die von mindestens zwei gewählten Rechnungsprüfern abzunehmen ist.
3. Der Bundesvorstand, die Landesgruppen und Verbindungsstellen sind in ihrer Haushaltsführung selbständig und voneinander unabhängig. Für finanzielle Ausfälle oder Defizite bestehen zwischen Bundesvorstand, Landesgruppen und Verbindungsstellen keine gegenseitigen Ausgleichs- und Haftungsverpflichtungen.
4. Der Bundesvorstand legt in einer Finanzordnung die für alle Gliederungen des Gesamtvereins verbindlichen Grundsätze des Haushalts- und Kassenwesens fest.
5. Bei Verdacht unsachgemäßer Kassen- und Haushaltsführung kann der Bundesvorstand oder die Landesgruppe bei den Verbindungsstellen Überprüfungen durchführen oder durchführen lassen.

### ***Abschnitt V - Sonstige Regelungen, Schlußbestimmungen***

#### **Artikel 15 - Versammlungsordnung**

Die vom 9. Nationalen Kongreß in Holm beschlossene Versammlungsordnung (VersO.) ist Bestandteil dieser Satzung. Sie gilt für die IPA - Deutsche Sektion e.V. und für alle ihre Gliederungen.

#### **Artikel 16 - Werbung**

1. Bei Werbeaktionen ist zu gewährleisten, daß das

## **Satzung der IPA Verbindungsstelle Kassel e.V. vom 20.04.2001**

Ansehen der IPA nicht geschädigt und ihre parteipolitische, rassische, religiöse und gewerkschaftliche Neutralität nicht beeinträchtigt wird.

2. Werbung, die von der Verbindungsstelle ausgeht, ist grundsätzlich auf ihren Bereich zu beschränken. In Ausnahmefällen muß vorher die Zustimmung der Landesgruppe bzw. der örtlich zuständigen Verbindungsstelle eingeholt werden.
3. Planung und Ausmaß der Inseratenwerbung sind dem jeweiligen Vorhaben anzupassen und dürfen nicht die Aufstockung von Kassenbeständen bezwecken. Auf Anforderung ist dem Bundesvorstand von den betreffenden Verbindungsstellen, über die Landesgruppe Hessen e.V., eine Abrechnung vorzulegen. Der Abrechnung sind die entsprechenden Zahlungsbelege und Verträge der Verbindungsstellen im Original zur Einsichtnahme beizufügen.

### **Artikel 17 - Auflösung**

1. Im Falle der Auflösung der Verbindungsstelle gemäß Artikel 5 Nr. 1 d) dieser Satzung oder bei einem gleichgestellten Tatbestand sind Liquidatoren der Leiter der Landesgruppe Hessen e.V. und der Leiter der Verbindungsstelle.
2. Im Falle der Auflösung fällt das Vermögen der IPA - Landesgruppe Hessen e.V. zu.

### **Artikel 18 - Inkrafttreten**

Diese Satzung ist durch Beschluss der Mitgliederversammlung am 20. April 2001 bei - 20 - (zwanzig) anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern **einstimmig** angenommen worden.

Sie ist mit Eintragung unter Nr.: 850 VR 2051 im Vereinsregister des Amtsgerichts Kassel am 06. Dezember 2002 in Kraft getreten.

Gleichzeitig tritt die Satzung vom 03. Mai.1988 außer Kraft.

**Impressum:**

*Herausgeber: IPA-Verbindungsstelle Kassel e.V.*

*Layout: IPA -Info*

*Druck: Druckerei Riehm, Gottlieb-Kellner-Str. 3, Kassel, Januar 2003*

*Gesamt, korrigiert und neugesetzt  
im März 2011: Lars Renger, NET-comp IT Services, Hessisch Lichtenau*